

Rechtspopulismus ist keine Alternative

Beschluss der 18. Mitgliederversammlung vom 13.04. - 14.04.2017 in Zierenberg, Hessen

Die Partei „Alternative für Deutschland“ ist keine Partei wie jede andere. Spätestens mit dem Führungswechsel innerhalb der AfD im Juli 2015 siegte der nationalkonservative über den wirtschaftsliberalen Parteiflügel und somit ist die Partei nun eindeutig als rechtspopulistisch sowie (zumindest in Teilen) rechtsradikal, respektive völkisch und faschistisch zu klassifizieren. Sie ist offen rassistisch, anti-libertär und anti-egalitär. In den nächsten Jahren steht unsere demokratische Gesellschaft somit vor ernststen Herausforderungen im Kampf gegen Rassismus und Faschismus. Es zeigt sich immer deutlicher, dass diskriminierende Ideologien der Ungleichheit bis weit in die Mitte der Gesellschaft Einzug gehalten haben und nachdem die AfD nun in zahlreiche Parlamente eingezogen ist, drohen ihre menschenverachtenden Positionen hoffähig zu werden, wenn sie im „normalen“ Politikbetrieb nur als eine von verschiedenen Parteien betrachtet wird.

Die AfD, als geistige Brandstifterin, befeuert den Rechtsradikalismus in Deutschland und ist somit auch dafür verantwortlich, dass tagtäglich in Deutschland rechtsterroristische Anschläge zu beklagen sind, weil sich diese Faschistinnen und Faschisten, die Pogrome gegen unschuldige und wehrlose Menschen veranstalten, durch das, was die AfD vertritt, legimitiert fühlen. Die Alternative für Deutschland schlägt durch menschenverachtende Hetze Profit aus der Situation von Geflüchteten vor Krieg und Terror. Nationalismus, Rassismus, Sexismus sowie alle weiteren Kategorien von Diskriminierung sind keine Alternative! Die AfD achtet weder Menschenrechte, noch die Menschenwürde, wer mit ihr in den Diskurs tritt, muss so über Errungenschaften unserer demokratischen Gesellschaft diskutieren, die indiskutabel sein sollten, und bietet der Partei eine Bühne, ihre Hetze noch stärker zu verbreiten. Es ist Taktik der AfD, Gegner*innen als antidemokratisch, linksextremistisch oder antideutsch zu brandmarken, wenn man sich öffentlich dazu äußert, dass die AfD eben keine Partei wie jede andere ist, was sich unter anderem auch in ihrer Attacke gegen unsere enge Kooperationspartnerin DeGeDe anlässlich des 11. Demokratie-Tages 2016 in Rheinland-Pfalz gezeigt hat.

Auch die reaktionären bildungspolitischen Forderungen der AfD stehen den Werten unseres Vereins entgegen: Sie fordert sowohl den Ausbau des mehrgliedrigen Bildungssystems als auch verbindliche Grundschulempfehlungen, damit unterstützt sie eine noch schärfere Selektion der Schülerinnen und Schüler und fördert Leistungsdruck (schon in der Grundschule). Menschen mit Behinderung möchte sie weiterhin in Förderschulen isolieren, statt Inklusion in unserem Bildungssystem voranzubringen. Eine autoritärere Schule und mehr Unterrichtsdisziplin der Schülerinnen und Schüler ist ihr Ziel. Außerdem ist für sie scheinbar nur die heteronormative Lebensweise akzeptabel, denn eine Sexualerziehung,

**Bildungswerk für
Schülervertretung und
Schülerbeteiligung e.V.**

Adresse
Müllerstr. 156a, Aufgang 4
13353 Berlin

Vereinsitz
Müllerstraße 156a
13353 Berlin

Vereinsregister
Amtsgericht Charlottenburg
VR 27195 B

Steuernummer
27/661/57356
Finanzamt für Körperschaften I
Berlin

Kontoverbindung
SV-Bildungswerk
IBAN: DE95 8306 5408 0004
7872 26
BIC: GENODEF1SLR
Deutsche Skatbank

**Vertretungsberechtigter
Vorstand**
Christian Mohr, Erik Thiel,
Frederic Koch, Lukas Böhm,
Viktoria Lachenmaier,
Marvin Müller

welche die Vielfalt der menschlichen Sexualitäten thematisiert, wird von der AfD als „Frühsexualisierung“ angesehen und abgelehnt.

Unser Ziel dagegen ist eine Schule der Vielfalt, in der jede*r gut lernen kann. Wir wollen Jugendlichen vermitteln, gemeinsam Herausforderungen zu lösen und nicht die Probleme bei anderen zu suchen. Wir möchten eine Schule, in der Schülerinnen und Schüler sich auf ein Leben in einer toleranten und heterogenen Gesellschaft vorbereiten können. Dieses Verständnis sehen wir als Grundvoraussetzung, um sich mit uns gemeinsam für eine demokratische Schulkultur einzusetzen und im SV-Bildungswerk Schüler*innenbeteiligung zu fördern. Demokratie ist für uns nicht die schlichte Wahl einer Partei oder eines Programms, sondern untrennbar mit den Menschenrechten gekoppelt. Im Gegenteil ist die Menschenwürde für uns immanenter Teil unseres pluralistischen Demokratieverständnisses und wir stehen uneingeschränkt hinter der Forderung, dass jeder Mensch die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben soll. Unser Verein soll ein „safe space“ für alle Menschen unabhängig von Herkunft, Religionszugehörigkeit, sexueller Orientierung, Gender usw. sein, in der sich jede*r angstfrei beteiligen kann.

Die AfD steht somit den in unserer Satzung festgeschriebenen Werten des Vereins, namentlich unter anderem „die Erziehung [...] zu Demokratie“ und „die Verwirklichung der Menschenrechte“, sowie den ungeschriebenen Werten Weltoffenheit, Toleranz und Selbstverwirklichung aller Menschen entgegen. Daher möge die Mitgliederversammlung beschließen, dass

- a) das SV-Bildungswerk jegliche Zusammenarbeit mit der Partei „Alternative für Deutschland“, ihrer Jugendorganisation „Junge Alternative“ sowie den in diesen Strukturen organisierten Personen entschieden ablehnt. Als Verein schließen wir direkte Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Parteien aus. Als solche sehen wir die AfD. In strittigen Fällen entscheidet die Mitgliederversammlung.
- b) das SV-Bildungswerk öffentliche jedwede Zusammenarbeit mit der AfD in unseren Arbeitsbereichen, auch gegenüber unseren Kooperationspartnern, problematisiert. Kooperationen mit Organisationen, die mit der AfD zusammenarbeiten, müssen vom Vorstand beschlossen werden.
- c) eine Nähe zur und / oder gar Mitgliedschaft in der AfD bzw. ihrer Jugendorganisation nicht mit einer Mitgliedschaft im SV-Bildungswerk und oder mit einer Tätigkeit (z.B. als SV-Berater*in, Seminarleitung, etc.) für uns vereinbar ist.